

Kultur macht Europa

Helga Trüpel

Plädoyer für eine aktivierende Kulturpolitik für Europa¹

Vorbemerkung

»Europa« war stets ein Dauerthema der Kulturpolitischen Gesellschaft (KuPoGe). Dies hat Olaf Schwencke in seinem Beitrag für dieses Jahrbuch schon deutlich gemacht. Er hat die frühen europakulturpolitischen Impulse (vor allem aus dem Umfeld des Europarats) für eine Neue Kulturpolitik aufgegriffen, sie ab 1976 auf die Agenda der KuPoGe gesetzt und ab 1979 im ersten direkt gewählten Europäischen Parlament konsequent verfolgt. Deshalb kann keine Geschichte der europäischen Kulturpolitik geschrieben werden, ohne seinen Namen zu nennen. Ferner wäre sie unvollständig erzählt, wenn sie nicht auch die Ev. Akademie Loccum und die Kulturpolitische Gesellschaft erwähnen würde. Das vorliegende Buch zum 50. Jubiläum der KuPoGe ist ein guter Anlass, daran zu erinnern. Nachdem Olaf Schwencke bereits die ersten beiden Dekaden des europakulturpolitischen KuPoGe-Engagements beschrieben hat, werde ich mich vor allem auf die Nullerjahre konzentrieren, zumal das in Rede stehende Thema damals im Kontext der KuPoGe-Aktivitäten sehr präsent war und weil ich diese seit 1994 im Vorstand der KuPoGe bis 2006 verfolgen und mitgestalten konnte.

In den Nullerjahren gab es eine auffällige Häufung von Veranstaltungen und Publikationen der KuPoGe zu europäischen Themen (siehe dazu die untenstehende Übersicht). Herausragend waren dabei der 4. Kulturpolitische Bundeskongress »kultur.macht.europa – europa.macht.kultur. Begründungen und Perspektiven europäischer Kulturpolitik« im Jahr 2007 im Kontext der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und das dazu erschienene Jahrbuch für Kulturpolitik 2007 zum Thema »Europäische Kulturpolitik«. Der Kongress war eine Containerveranstaltung, in der viele Themen aufgerufen wurden, die auch in der deutschen kulturpolitischen Diskussion eine Rolle spielten (kulturelle Vielfalt, Interkultur, Kulturwirtschaft, Erinnerungspolitik, kulturelle Öffentlichkeit, kreative Klasse etc.). Selbst das Leitbild des »aktivierenden Staates«, das zu der Zeit auch im KuPo-

1 Für das intensive Lektorat, zahlreiche Hinweise und ausformulierte Gedanken bedanke ich mich beim Mitherausgeber und ehemaligen Geschäftsführer der KuPoGe Norbert Sievers.

Ge-Kontext hoch gehandelt wurde (siehe dazu den Beitrag von Oliver Scheytt in diesem Buch), wurde auf die europäische Ebene übertragen und in einem »Plädoyer für eine aktivierende Kulturpolitik für Europa« prominent verankert. Zu erwähnen sind ferner die europakulturpolitischen Publikationen von Olaf Schwencke »Das Europa der Kulturen – Kulturpolitik in Europa« (2001, 2006, 2010) und »Europa. Kultur. Politik« (2015), die in der KuPoGe-Reihe »Edition Umbruch« erschienen sind.

Die Kulturpolitische Gesellschaft war in dieser Zeit europakulturpolitisch nicht nur diskursiv und publizistisch aktiv, sondern hat durch die Übernahme und den Aufbau der europäischen Kontaktstellen »Cultural Contact Point« (heute »Creative Europe Desk«; kurz: CED) im Jahr 2004 und »Europa für Bürgerinnen und Bürger« im Jahr 2007 (heute: »Citizens, Equality, Rights and Values«; kurz: CERV) auch institutionell Verantwortung übernommen, die sie bis heute wahrnimmt. Ferner hat sie 2018 die koordinierende Verantwortung für das »Compendium of Cultural Policies & Trends in Europe« übernommen und damit ein starkes europäisches Standbein entwickelt. Auch dies bestätigt die besondere Bedeutung der Nullerjahre für das europakulturpolitische Engagement der KuPoGe.

KuPoGe-Aktivitäten zum Thema »Europäische Kulturpolitik« in den Nullerjahren

Fachtagungen

Die Kulturpolitische Gesellschaft hat in ihrer Geschichte eine Vielzahl von Veranstaltungen in verschiedenen Formaten und Kooperationspartnerschaften zum Thema Europa durchgeführt. So enthält die KuPoGe-Datenbank zum Stichwort »Europa/ Europakulturpolitik« im März 2024 allein 56 Veranstaltungen. Im Folgenden sind einige Beispiele aus den Nullerjahren aufgelistet:

- 2000: Deutschland und die Welt. Kulturpolitische Überlegungen und Konzeptionen. 44. Loccumer Kulturpolitisches Kolloquium der Ev. Akademie in Verbindung mit der Kulturpolitischen Gesellschaft
- 2006: Was ist europäische Identität im Europa der Kulturen? Oder: Wozu brauchen wir europäische Kulturpolitik? 50. Loccumer Kulturpolitisches Kolloquium der Ev. Akademie in Verbindung mit der Kulturpolitischen Gesellschaft
- 2006: Kommunale Kulturpolitik in Europa. 51. Loccumer Kulturpolitisches Kolloquium der Ev. Akademie in Verbindung mit der Kulturpolitischen Gesellschaft
- 2007: »kultur.macht.europa – europa.macht.kultur«. 4. Kulturpolitischer Bundeskongress der KuPoGe und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in Berlin

Publikationen

Auch publizistisch war die KuPoGe zum Thema Europa/Europäische Kulturpolitik sehr aktiv. Dies bestätigen viele Einzelpublikationen und Beiträge in den Kulturpolitischen Mitteilungen.

- 2001, 2006, 2010: Olaf Schwencke: Das Europa der Kulturen – Kulturpolitik in Europa. Dokumente, Analysen und Perspektiven
- 2002: Herausgabe des Handbuchs zur Kulturförderung der Europäischen Union »Europa fördert Kultur« gemeinsam mit dem Deutschen Kulturrat
- 2004: Aktualisierung desselben im Internet
- 2004: Kathinka Dittrich van Wehring; Ernst Schürmann: Braucht Europa eine Außenkulturpolitik?
- 2007: Jahrbuch für Kulturpolitik zum Thema »Europäische Kulturpolitik«
- 2007: Kulturpolitische Mitteilungen, Schwerpunkt: »kultur.macht.europa«, Heft 118, III/2007
- 2009: Kulturpolitische Mitteilungen, Schwerpunkt: »Kulturhauptstadt Europas 2010«, Heft 127, IV/2009

Europäische Kulturpolitik nach der Jahrtausendwende im KuPoGe-Diskurs

Die Nullerjahre waren ein Jahrzehnt, in dem Europa und mithin die europäische Kulturpolitik noch einen besseren Klang hatten. Die Erwartungen und Hoffnungen waren groß, und es gab gute Gründe dafür. Die großen europäischen Kultur- und Bildungsprogramme wie Creative Europe, Media Programm oder Erasmus+ waren allesamt Erfolgsgeschichten. Das von Francis Fukuyama nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme prognostizierte »Ende der Geschichte« hatte seine Überzeugungskraft noch nicht ganz verloren und es schien, als stünde eine »Zeitenwende« bevor, in der die wirtschaftliche und demokratische Globalisierung die Tür in eine offene und humane Welt öffnen und die demokratischen Ideen des Europarates und der UNESCO Wirklichkeit werden könnten. Wichtige Grundlagen wurden dafür gelegt. So hatte der »Ruffolo-Bericht« des Europäischen Parlaments (2001) unterstrichen, dass Kultur und kulturelle Vielfalt ein wichtiges Element der Identität der Europäischen Union darstellen und Kulturpolitik von »grundlegender Bedeutung für die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Bewusstseins sei« (Singer 2007: 45). In der »Berliner Erklärung« der Staats- und Regierungschefs der EU vom 25. März 2007 wurde »ein Bekenntnis zur Kultur als Fundament der europäischen Bürgeridentität abgelegt« (ebd.: 48). Und last not least ist das im März 2007 in Kraft getretene Übereinkommen der UNESCO zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu nennen, das allen Staaten eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für das Recht auf eine eigenständige Kulturpolitik verbürgt, um insbesondere Maßnahmen zum Schutz der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen durchzuführen. Diese Konvention war es auch, in welcher der Doppelcharakter von Kultur konstatiert wurde. Damit wurde erreicht, dass Kunst und Kultur

bei den großen Handelsabkommen besonders geschützt werden dürfen, weil sie nicht Waren wie andere Güter sind, sondern *common goods*. Das war ein fundamentaler Schritt und auch ein sehr europäisches Verständnis von Kultur, anders als im US-amerikanischen Raum. Es schien also, als sei ein Durchbruch erreicht, der den damaligen Generalsekretär der Europäischen Kulturstiftung Gottfried Wagner in seinem Beitrag für das Jahrbuch für Kulturpolitik 2007 sogar zu der Aussage verleitete: »Kulturpolitik in Europa boomt.« (Wagner 2007: 60)

In der Tat war die Bedeutung der Kultur für den europäischen Einigungsprozess in dieser Zeit unstrittig. Kommissionspräsident Manuel Barroso hatte in Berlin auf der großen Kulturkonferenz im Dezember 2004 »Europa eine Seele geben« gesagt, dass Europa nur kulturell zu sich selbst finden könne. »You will not fall in love with the internal market«, war sein Leitspruch. Klar war: Der Binnenmarkt ist notwendig. Ohne ihn würde es die europäische Integration nicht geben. Klar war aber auch, dass er nicht ausreichend ist, um die europäischen Bürger*innen zu erreichen und Europa tatsächlich eine »Seele« zu geben. Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament wollten die Bürger*innen der Europäischen Union begeistern und vom Sinn der europäischen Einigung überzeugen. Sie wussten, dass das ohne Kulturpolitik nicht gehen würde, weil Kunst und Kultur die Menschen direkt berühren, vor Ort, ob in Paris, Lissabon, Riga oder in Donaueschingen oder an den Seen in Masuren. Kultur berührt emotional und in vielen Sprachen. Hinzu kommt, dass Europa einen großen Kunst- und Kulturschatz hat, den es zu heben, zu pflegen, zu polieren und zu mehreren gilt.

Auch der Kulturpolitische Bundeskongress 2007 war getragen von der Überzeugung, dass auch Kultur Europa (aus)macht. Doch die KuPoGe wäre nicht die KuPoGe, wenn sie dieser Gewissheit nicht auch gleich eine Portion Skepsis beigegeben hätte. So wird in der Einleitung zum bereits zitierten Jahrbuch für Kulturpolitik darauf hingewiesen, dass programmatische Beschwörungsformeln wie »Einheit in der Vielfalt« oder »Europa der Bürger« nicht ausreichen, um eine europäische Identität zu stiften. Konstatiert wird vielmehr eine »Ernüchterung« bei den Vertretern der politischen Klasse und die Einsicht, »dass es neben der ökonomischen Basis, der politischen Plausibilität des Vorhabens und der Statik des Gebäudes Weiteres geben muss, damit das Projekt gelingt: gute Handwerker, die es bauen und überzeugte Menschen, die es als ihr Haus annehmen« (Scheytt et al. 2007: 12). Empfohlen wird dafür Kultur als Medium der Kommunikation der europäischen Idee und ihrer Werte. Was damit gemeint war, wird in der Kongresserklärung der Kulturpolitischen Gesellschaft ausformuliert:

»Europäische Werte wie die Anerkennung der Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit, die Versammlungs- und Redefreiheit werden im transnationalen Kulturaustausch, im interkulturellen Dialog und in der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsstaaten der EU und Drittländern weitergegeben und befördern so Toleranz und Akzeptanz der kulturellen Differenz zwischen den Völkern der Welt.« (KuPoGe 2008: 328)

Warum, so fragt man sich im Nachhinein, musste diese Selbstverständlichkeit damals noch zu Papier gebracht werden? Warum bedurfte es eines »Plädoyers für eine aktivierende Kulturpolitik für Europa«? Die Antwort ist einfach und anspruchsvoll zugleich:

weil die Selbstverständlichkeit schon damals so selbstverständlich nicht mehr war. Längst hatte die europäische Entwicklung eine Dynamik entfaltet, die die Identitätsfrage zu einem immer größeren Problem werden ließ. Auch mir war dies damals als junge Europaabgeordnete schon klargeworden. So lese ich meinen Beitrag für das damalige Jahrbuch für Kulturpolitik, an den ich mich im Folgenden anlehne, wie ein persönliches Zeitdokument.

Die europäischen Identitätsfragen und die Krise Europas

Spätestens seit den gescheiterten Referenden in den Niederlanden und Frankreich im Jahr 2005 war klargeworden, dass Europa in einer Krise steckt. Die alten Mitgliedsstaaten hatten den »Globalisierungsblues«, die Erweiterung war ihnen zu schnell gegangen. Frankreich wollte seine alte Position des europäischen Motors nicht verlieren und nicht aufgeben und musste im erweiterten Europa eine neue Rolle finden. Die Niederlande hatten nach dem Mord an dem Regisseur Theo van Gogh enorme Identitätsprobleme hinsichtlich ihrer Multikulturalität. Sie mussten darüber streiten, wie divers ihr versäultes Land wirklich war und sein wollte, und sich mit dem Problem der »Überfremdung« auseinandersetzen. Die osteuropäischen Länder kämpften und kämpfen immer noch mit den Transformationsprozessen von staatssozialistischen Gesellschaften hin zu demokratischen, offenen Gesellschaften und hatten und haben noch große Infragestellungen des europäischen und westlich orientierten Weges zu meistern. Das haben die Kaczyński-Jahre in Polen gezeigt, und in Orbán-Ungarn zeigt es sich immer noch. Realisiert werden musste, was vorher nicht genügend zur Kenntnis genommen worden war: Modernisierung und Globalisierung produzieren zwar viele Gewinne (z. B. neue Arbeitsplätze, die aber in der Regel hohe und höchste Qualifikationen voraussetzen), aber eben auch Verluste. Die Verlierer wandten sich und wenden sich mehr und mehr von der europäischen und internationalen Orientierung ab und suchen mehr ideologischen Halt in der Hinwendung zum Nationalen, in einer Neubegründung von Religion und Religiosität und einer Verwerfung der offenen Gesellschaften, deren Werte-Nihilismus sie beklagen.

Damals wie heute stehen wir daher wieder vor einer grundsätzlichen Auseinandersetzung, ob wir offene, plurale, demokratische, moderne, streitintensive Gesellschaften wollen oder abgeschottete, nicht international und global orientierte Gesellschaften. Inzwischen wird Brüssel von konservativ-national orientierten Kräften als Zwangsregime betrachtet, das die Mitgliedsstaaten ihrer eigenen Souveränität und Freiheit beraubt. Es wird als bürokratisches und intransparentes Monster denunziert, das zwar weit entfernt ist, aber dennoch zu mächtig ist. Dies war damals (2007) und ist heute der Hintergrund, vor dem die Debatte um die Entwicklung und Bedeutung der europäischen Kulturpolitik stattfindet. Damals war ich der Meinung – und bin es heute noch –, dass die EU die richtige Balance finden müsse, um nicht falsch emphatisch, aber auch nicht zu nüchtern zu sein. Denn dann wird sie nur wieder als die seelenlose Bürokratiemaschine mit Überregulierung aus dem fernen Brüssel gesehen, die der affektiven Identifikation keinen Raum lässt. Notwendig ist eine Neuakzentuierung des Subsidiaritätsprinzips: Einerseits muss sich Europa auf das konzentrieren, was nur Brüssel kann, und alles andere den Mitgliedsstaaten überlassen. Andererseits darf Brüssel nicht nur als technokra-

tisches »System« wahrgenommen werden, sondern muss die Menschen wirklich erreichen und erreichen wollen. Deswegen sollte die EU auch einen Schwerpunkt auf Bildung, Forschung und Entwicklung legen. Das kommt bisher zu kurz, sowohl politisch wie finanziell. Die EU müsste umverteilen in die Bereiche Bildung, Forschung, Entwicklung und Kultur. Denn Europa hat als rohstoffarmer Kontinent nur dann eine Chance, wenn wir unsere Menschen besser ausbilden und fit machen für die globalen Herausforderungen und internationalen Arbeitsmärkte. Wir müssen alles daransetzen, die Zahl der Modernisierungs- und Globalisierungsverlierer zu begrenzen und zu reduzieren, und unseren jungen Menschen neue Bildungs- und damit Berufschancen eröffnen.

Im Prinzip hatte die Europäische Union das mit der Lissabon-Strategie ja auch erkannt und beschlossen. Aber es hapert an der Umsetzung und am Mitziehen der Mitgliedsstaaten. Überhaupt gehört zur europäischen Krise dazu, dass die Mitgliedsstaaten nicht verantwortlich genug an dem gemeinsamen europäischen Projekt arbeiten, sondern sich im nationalen Kontext gerne von Brüssel distanzieren und Fehler allein Brüssel zuschieben, obwohl keine Entscheidung im Ministerrat ohne die Regierungschefs oder die Fachminister fällt. Brüssel sind wir alle. Das muss realisiert und als politische Herausforderung anerkannt werden. Sonst stagniert das europäische Projekt und entwickelt sich zurück. Eine Re-Nationalisierung würde unsere ökonomischen Probleme aber noch größer machen, weil keiner der Mitgliedsstaaten angesichts der Globalisierung, der Anforderungen in der Umwelt-, Energie- und Sicherheits- und Außenpolitik allein eine Chance hätte. Darum sprechen bei aller Kritik im Einzelnen alle vernünftigen Gründe dafür, Europa besser und weiter zu machen. Nach wie vor gilt das Motto: Europa hat zwar viele Irrtümer, aber es ist kein Irrtum. Kulturpolitik kann dabei mithelfen, dass diese Überzeugung geteilt wird, weil sie einen Beitrag zur Kommunikation über die EU leisten und einen starken europäischen Dialog und Austausch herstellen kann. Dafür sind aktivierende Strategien zu entwickeln, denn: »Kulturelles bewirkt aus sich heraus keine europäische Einheit« (Singer 2007: 46).

Die Kulturprogramme der letzten 20 Jahre haben die Mobilität von Künstler*innen und Menschen, die im Kulturbereich arbeiten, den Austausch von Kulturgütern und den interkulturellen Dialog gefördert. Die Finanzausstattung war und ist allerdings viel zu niedrig gemessen an den Ansprüchen, die programmatisch werden. Gerade angesichts des beklagten Werte-Nihilismus und des Globalisierungsblues müsste eine wohlverstandene europäische Kulturpolitik jetzt eine neue Offensive für Dialog, Austausch, Mobilität, offene Debatten und Arbeiten an neuen ästhetischen Sprachen leisten. Sie müsste das Kulturerbe pflegen und zeitgenössische europäische Kunst und Künstler*innen fördern. Es muss klargemacht werden, dass europäische Kulturpolitik keine Gefährdung nationaler und regionaler Kulturpolitiken ist, sondern eine Ergänzung, die sich auf das gemeinsame Europäische in all seiner Verschiedenheit bezieht und keinen Kompetenzstreit mit den nationalen Kulturpolitiken beginnt. Dieses »Gemeinsam sind wir stärker« und die »Einheit in der Vielfalt« könnten hier sehr gut zum Tragen kommen.

Konflikte in der europäischen Kulturpolitik der letzten Jahre und neue Probleme

Wie gesehen sind die Herausforderungen, die in den Nullerjahren diskutiert wurden, immer noch präsent. Nicht nur das: Es sind neue hinzugekommen, auf die ich zum Schluss kurz eingehen will. Ungelöst sind etwa die kulturellen Probleme, die mit den digitalen Plattformen, dem Urheberrecht und der Künstlichen Intelligenz einhergehen. Sie gehören nach wie vor auf die Agenda der europäischen Kulturpolitik und auch der Kulturpolitischen Gesellschaft. So ist der vehemente Konflikt um die Regulierung der digitalen Plattformen (z.B. Streit um die Plattform Telegram, um TikTok, um X) noch nicht ausgestanden. Dabei steht die Frage im Raum: Müssen sich digitale Plattformen, die sich selbst nur als technische Infrastruktur verstehen, de facto aber oft Inhalteanbieter (geworden) sind und großen Einfluss auf die Kommunikation von Massen haben, an bestimmte Regeln und Regulierungen halten oder steht die absolute Meinungsfreiheit (siehe Elon Musk, Pavel Durov) über allem? Demokratische Politik muss ein neues Verständnis von privater (Markt-)Freiheit und öffentlicher Verantwortung mit der Option der Regulierung für die digitalen Monopolplattformen entwickeln! Dies ist meines Erachtens entscheidend für die Qualität der Demokratie bzw. ihre Gefährdung.

Auch beim Urheberrecht in der digitalen Welt hatten sich in den 2010er Jahren harte Fronten gebildet. Sollen die digitalen Monopolplattformen lizenzieren müssen, wenn sie Inhalte Dritter benutzen? Oder ist es die Freiheit der Nutzer*innen, der *sharing economy*, alles auf den Plattformen frei und unentgeltlich nutzen zu können? Auch dazu bedarf es einer klaren Positionierung. Auf europäischer Ebene gab es hierzu einen veritablen Kulturkampf zwischen Piraten und Monopolen auf der einen und den Urhebern auf der anderen Seite. Die Mehrheit des Europaparlaments hat im Frühjahr 2019 für eine Regulierung der Plattformen gestimmt und in der Legislaturperiode danach weitere Regulierungen der digitalen Märkte mit dem Digital Services Act und dem Digital Markets Act beschlossen. Aktuell steht die Frage auf dem Plan, wie die Künstliche Intelligenz so reguliert werden kann, dass das Urheberrecht noch gilt und die Arbeiten der Künstler*innen, sofern sie in digitaler Form vorliegen, auch in Zukunft nicht ungefragt genutzt werden können. Auch dies berührt grundsätzliche Fragen der Kulturpolitik (siehe Martin Lätzel in diesem Buch). Eine europäische Plattform, die den amerikanischen oder chinesischen Anbietern Konkurrenz machen könnte, gibt es nach wie vor nicht. Das wäre aber sehr wünschenswert. Zumindest sollten endlich alle Wege genutzt werden, den deutsch-französischen Sender ARTE mit anderen Kooperationspartnern zu so einer Plattform auszubauen.

Schlussbemerkungen

Die Kongresserklärung der KuPoGe von 2007, auf die ich oben schon eingegangen bin, fußte auf einem demokratischen Kulturbegriff, bei dem Kultur ein Mittel der Verständigung und des Austausches sein sollte, wie es dem KuPoGe-Grundsatzprogramm entspricht. Sie atmete noch die trügerische Gewissheit, dass der Idee der kulturellen Demokratie die Türen weltweit offenstehen würden und Europa ein Vorbild sein werde.

Mittlerweile befinden wir uns in Situationen, in denen Kulturkriege wieder eine große Rolle spielen. Auch dies hat Einfluss auf unser Demokratie- und Kulturpolitikverständnis und zwingt uns zur Neubesinnung. Darauf habe ich des Öfteren hingewiesen (etwa Trüpel 2021). Der Dschihadismus gefährdet die offenen demokratischen Gesellschaften. Deshalb muss es eine viel klarere Unterscheidung von Muslimen, die sich in die westlichen Gesellschaften integrieren wollen, und den islamistischen Feinden geben, die eine Bedrohung darstellen. Diese Auseinandersetzung sollten wir nicht den rechten Kräften überlassen.

Putins Angriffskrieg und die Vollinvasion in die Ukraine 2022 haben die Nachkriegsordnung herausgefordert und die Hoffnung auf den Frieden in der EU erschüttert. Auch diese Situation der »Zeitenwende« hat in der Kulturszene und insgesamt in der Bevölkerung für große Unsicherheit und diametrale Orientierungen gesorgt. Viele Vorstellungen einer demokratischen Friedenskultur, die wir alle teilen, werden von Feinden der Verfassung, von Rechtsextremisten, Linksextremisten und Dschihadisten in Frage gestellt. Kulturpolitik muss sich diesen neuen Herausforderungen stellen, auch mit der schmerzlichen Erkenntnis, dass Kultur nicht nur verbindet, sondern auch spaltet. Dazu gehören auch die Auseinandersetzungen der letzten Jahre zwischen Universalismus und woker Weltanschauung, zwischen Aufklärung und Vernunftverachtung, die zu vielen Missverständnissen im linksliberalen Milieu geführt haben. Die Kulturszene und die leitenden Kultureinrichtungen in Deutschland und in anderen europäischen Ländern sind oft dem intersektionalen Feminismus gefolgt und haben Antisemitismus verharmlost oder sogar befördert. Die Auseinandersetzungen um die Documenta und die Berlinale haben schmerzlich gezeigt, dass israelkritische Ansätze schnell in Antisemitismus umschlagen. Auch hier müssen die Kulturszene und die Kulturpolitik eine neue Sensibilität zeigen und die Mittlerorganisationen wirkliche Debatten zulassen und führen.

Einige dieser Entwicklungen hatten sich in den Nullerjahren schon angedeutet und waren auch Gegenstand der KuPoGe-Debatten. So beklagte etwa der renommierte Historiker Jörn Rüsen im Jahrbuch für Kulturpolitik 2007, die westlichen Intellektuellen hätten in den letzten Jahrzehnten »die Selbstkritik der europäischen Kultur auf die Spitze postmoderner Selbstpreisgabe der universalistischen Geltungsansprüche unseres Wertesystems getrieben.« Sie hätten damit indirekt die »Vorgänge kultureller Identitätsbildung in den nicht-westlichen Ländern unterstützt, mit denen sie sich in Form eines negativen Ethnozentrismus gegen uns zur Geltung bringen« und »eine wehrhaft positive historische Identität durch negative Abgrenzung und Abwertung der unsrigen« gewinnen (Rüsen 2007: 37). Sollte dies so sein, dann hätten diese Intellektuellen Europa einen Bärenienst erwiesen. Es fragt sich in der Tat, woraus Europa dann noch eine positive kulturelle Identität entwickeln soll. Für Jörn Rüsen bestand kein Zweifel darin, dass dieses Selbstverständnis sich auf den europäischen Humanismus und mithin den kategorischen Imperativ von Immanuel Kant berufen kann, dem zufolge die Qualität des Menschseins darin besteht, das alle Menschen den Zweck in sich selbst tragen und nicht nur »Mittel zu den Zwecken anderer Menschen« sind. Darin liege der »Kern unserer europäischen Identität« (ebd.: 39). Diese Überzeugung gilt es im kulturpolitischen Diskurs zu verteidigen und nicht voreilig preiszugeben, um in den identitätspolitischen Auseinandersetzungen und gegenwärtigen Kulturkämpfen bestehen zu können.

Nachbemerkung

Während ich diesen Beitrag schreibe, wird in den Medien darüber berichtet, dass der Meta-Chef Mark Zuckerberg den Faktencheck bei seinen digitalen Kommunikationskanälen Facebook und Instagram aufkündigen wolle, obwohl die verheerende Wirkung von Fake News und digitalen Hassbotschaften auf die öffentliche Meinung, die Kommunikationskultur und die Friedfertigkeit der Gesellschaften offenkundig ist. Das libertäre Freiheitsverständnis, das darin zum Ausdruck kommt, steht in einem krassen Gegensatz zur europäischen Idee der kulturellen Demokratie. Umso mehr sollte für uns klar sein: Es darf keine Freiheit ohne soziale Verantwortung geben. Überprüfbare Wahrheit, Vernunft- und Faktenorientierung müssen der Maßstab unseres Denkens und Handelns bleiben. So wie die Presse und die Massenmedien wie Rundfunk und Fernsehen reguliert sind, müssen auch die digitalen Monoplatattformen angemessen reguliert werden. Musk und Zuckerberg starten einen Angriff auf die Grundlagen der demokratischen Öffentlichkeit mit klaren Regeln. Sie stehen für die Macht des Stärkeren, aber nicht für die Macht des Rechtsstaates. Die EU darf jetzt nicht einknicken. Es ist Zeit für eigene europäische Plattformen mit guten Regeln. Für European Public Spaces!

Literatur

- Dittrich van Wehring, Kathinka; Ernst Schürmann (2004): *Braucht Europa eine Außenkulturpolitik?* Beiheft 3 der Kulturpolitischen Mitteilungen
- Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hg.) (2007): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2007*, Thema: Europäische Kulturpolitik, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag
- Kulturpolitische Gesellschaft (Hg.) (2008): *kultur.macht.europa. Dokumentation des vierten Kulturpolitischen Bundeskongresses*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Edition Umbruch 23)
- Kulturpolitische Gesellschaft e.V.; Deutscher Kulturrat e.V. (Hg.) (2002): *Europa fördert Kultur. Aktionen – Programme – Kontakte. Ein Handbuch zur Kulturförderung der Europäischen Union*, Essen: Klartext-Verlag
- Rüsen, Jörn (2007): »Europäische Identitätsbildung durch Kultur?«, in: IfK der KuPoGe (Hg.) (2007), S. 33–41
- Scheytt, Oliver; Norbert Sievers; Bernd Wagner (2007): »Europäische Kulturpolitik – Kulturpolitik für Europa«, in: IfK der KuPoGe (Hg.) (2007), S. 11–17
- Schwencke, Olaf (2015): *Europa. Kultur. Politik. Die kulturelle Dimension im Unionsprozess. Reden, Essays und Aufsätze zur europäischen Kulturpolitik (1999–2013) sowie: Mein Weg nach Europa: Biografische Reflexionen*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Edition Umbruch 31)
- Schwencke, Olaf (2010): *Das Europa der Kulturen – Kulturpolitik in Europa. Dokumente, Analysen und Perspektiven – von den Anfängen bis zum Vertrag von Lissabon*, 3. überarb. und erw. Auflage, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Edition Umbruch 26)

- Schwencke, Olaf (2006): *Das Europa der Kulturen – Kulturpolitik in Europa. Dokumente, Analysen und Perspektiven – von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 2. überarb. und erw. Auflage, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Edition Umbruch 14)
- Schwencke, Olaf (2001): *Das Europa der Kulturen – Kulturpolitik in Europa. Dokumente, Analysen und Perspektiven – von den Anfängen bis zur Grundrechtecharta*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Edition Umbruch 14)
- Singer, Otto (2007): »Vielfalt als Programm – Einheit als Ziel. Paradoxien kultureller Identitätspolitik in Europa«, in: IfK der KuPoGe (Hg.) (2007), S. 41–51
- Trüpel, Helga (2021): »Everybody is different, but whats to be treated the same! Kulturelle Vielfalt in der offenen Gesellschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 172, I/2021, S. 47–49
- Wagner, Gottfried (2007): »Europäische Kulturpolitik – mein Gott, was soll das denn sein?«, in: IfK der KuPoGe (Hg.) (2007), S. 59–67